



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 31.08.2026 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 96 zu 76 Stimmen einer Änderung des Volksschulgesetzes zugestimmt ([KR-Nr. 19/2022](#)). Damit können Lehrpersonen künftig geeignete Lehrmittel aus einer Liste auswählen.

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 174 zu 0 Stimmen einer Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zugestimmt ([6038](#)). Damit wird eine «Kinderrechtskommission» geschaffen, die Kinder- und Jugendrechte gewährleistet.

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 142 zu 35 Stimmen einer Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zugestimmt, mit welcher der Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten angepasst wird ([KR-Nr. 209/2021](#)). Damit können Praktikantinnen und Praktikanten nur noch während längstens eines Jahres dem Betreuungsschlüssel von Kindertagesstätten angerechnet werden.

Der Kantonsrat hat mit 102 zu 74 Stimmen die Motion betreffend «Kindergartenstart – zielgerichtete Förderung und sinnvoller Ressourceneinsatz» von GLP, SVP und AL abgelehnt, mit der gefordert wurde, den Stichtag für den Kindertarteneintritt schrittweise vom 31. Juli auf den 30. April zu verlegen, damit die jüngsten Kinder im Kindergarten 3 Monate älter sind als heute ([KR-Nr. 259/2025](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Verbindliche Richtlinien – keine Smartphones an Volksschulen» von SVP und EDU mit 92 zu 82 Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 367/2025](#)). Mit dem Postulat wird angeregt, dass Schülerinnen und Schüler vom Kindergarten bis Ende der 9. Klasse an allen Zürcher Volksschulen keine privaten Smartphones, Tablets und Notebooks mehr brauchen dürfen sollen.

Der Kantonsrat hat über die Motion betreffend «Keine Unterdrückung von Frauen und Mädchen an Zürcher Schulen und Kindergärten» der SVP diskutiert ([KR-Nr. 379/2025](#)). Die Diskussion soll in der Nachmittagssitzung fortgesetzt werden.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 31.08.2026 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat mit 87 zu 82 Stimmen bei 6 Enthaltungen die Motion betreffend «Keine Unterdrückung von Frauen und Mädchen an Zürcher Schulen und Kindergärten» der SVP überwiesen ([KR-Nr. 379/2025](#)). Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre. Mit der Motion wird gefordert, das Tragen von Kleidungsstücken, die den Kopf von Frauen und Mädchen aus religiösen oder weltanschaulichen Gründen bedecken, an sämtlichen öffentlich-rechtlichen Schulen und Kindergärten zu verbieten.

Der Kantonsrat hat dem Antrag zur Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zur Motion betreffend Förderung der praktischen Ausbildung der Gesundheitsberufe aller Stufen diskussionslos zugestimmt ([KR-Nr. 77/2022](#)).

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 166 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung einer Änderung des Pflegegesetzes zugestimmt ([6055](#)). Damit wird die Pflegeheimbettenplanung im Kanton Zürich künftig auf Prognosen des tatsächlichen Bedarfs beruhen.

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 158 zu 0 Stimmen das neue «Gesetz über die Bereitstellung von Grundstück- und Gebäudedaten (GBGG)» erlassen ([5984](#)). Das Gesetz ermöglicht, gebäude- und grundstücksbezogene Daten auf einer zentralen Plattform bereitzustellen, und regelt die Datenlieferung, Datenverknüpfung, Datennutzung und Zuständigkeiten.

Der Kantonsrat hat den Objektkredit von 5,29 Millionen Franken für die Übertragung der Liegenschaft Bederstrasse 28, Zürich, in das Verwaltungsvermögen ohne Gegenantrag bewilligt ([6069](#)). Das für die Lösung der Ausgabenbremse nötige Quorum von 91 Stimmen wurde mit 164 Stimmen erreicht.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Kreislaufwirtschaft – Grünabfall für Biogas und Kompost» der Grünen ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 344/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert zu prüfen, ob es zusätzlich Vorgaben für eine Grünabfallsammlung und -verwertung in allen Gemeinden brauche.

Der Kantonsrat hat mit Stichentscheid der Kantonsratspräsidentin (89 zu 88 Stimmen) eine parlamentarische Initiative von Grünen-Kantonsrat David Galeuchet abgelehnt, mit der gefordert wurde, dass die Gemeinden zwecks Förderung der Biodiversität im Siedlungsraum Vorschriften zur Errichtung ökologischer Ausgleichsflächen erlassen müssen ([KR-Nr. 368/2020](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat das dringliche Postulat betreffend «Standard Büro Rechtspflege» der Kommission für Planung und Bau (KPB) ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 333/2024](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert zu prüfen, wie der Büroflächenstandard für Gerichtsgebäude, dem kantonalen Flächenstandard für Bürogebäude angenähert werden kann.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Standard Nachhaltigkeit Hochbau für alle Gebäude im Einflussbereich des Kantons» von Grünen, SP, GLP und EVP ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 423/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert zu prüfen, wie der Nachhaltigkeitsstandard nicht nur bei den eigenen Hochbauten gilt, sondern auch bei den Bauten im Baurechtsmodell.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Eine Veloschnellroute von Feldbach nach Tiefenbrunnen» von Grünen, SP, GLP und Mitte ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 461/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert darzulegen, wann und mit welchen Massnahmen die im kantonalen Velonetzplan eingetragene Schnellroute im erwähnten Abschnitt realisiert wird, und zu prüfen, wie eine Fortsetzung bis nach Stäfa geführt werden kann.

(*nic.*)